

Bundesverwaltung produziert Lernvideos für Hobby-Grillere

Richtig grillieren – amtlich begleitet

Die Sorge der Bundesverwaltung um das Wohlergehen der Bürger scheint keine Grenzen zu kennen. Rechtzeitig auf die Grillsaison veröffentlicht das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) detaillierte Anleitungen, wie man richtig grilliert. Die Kampagne «Richtig zubereiten – sicher geniessen» umfasst nicht nur diverse Factsheets und Prospekte, sondern auch Youtube-Lernvideos. Selbst eine Anleitung zum Abwaschen darf nicht fehlen.

Im Mai 2016 gewann das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) den Rosigen Paragrafen: Direktor Hans Wyss wurde für das 2'000 Seiten umfassende Bürokratie-Monster «Largo» ausgezeichnet. Nun steht das BLV bereits wieder im Zentrum der Diskussionen. Denn der Bund sorgt sich um das gesundheitliche Wohlergehen der Schweizer Bevölkerung. Auslöser dafür sind Zweifel darüber, ob die breite Bevölkerung des Grillierens wirklich mächtig ist und ob damit nicht erhebliche Risiken verbunden sind.

BLV klärt auf – zum Glück?

In einer kürzlich veröffentlichten Medienmitteilung des Bundes zu diesem Thema wird auf die gesundheitlichen Risiken hingewiesen, wenn man die Hygieneregeln beim Grillieren missachtet. «Richtig grillieren verhindert Durchfallerkrankung», heisst es im Titel. Um diese Gefahr zu bannen, hat das BLV eine Informationskampagne lanciert. Gerade während der Fussball-Europameisterschaft gilt es schliesslich zu vermeiden, dass in der kurzen Spielpause fahrlässig grilliert wird und man so Magenprobleme und Durchfall riskiert. Der Bund weist darauf hin, unbedingt die «wichtigsten Grundregeln» zu beachten. Doch statt auf die Selbstverantwortung, Erziehung und den gesunden Menschenverstand zu bauen, liefert die Bundesverwaltung detaillierte Grillanweisungen.

Grillieren als Staatsaufgabe

Auf der Internetseite des Bundes kann man sich fortan ausführlich über dieses Thema informieren. Die Informationskampagne «Richtig zubereiten – sicher geniessen» umfasst etliche Anleitungen und rund ein halbes Dutzend Videos – namentlich Anleitungen zum richtigen Erhitzen, Trennen,



Factsheet «Sicher geniessen» vom BLV

Waschen und Kühlen von Fleisch und Grillgut. Es grenzt an ein Wunder, dass nicht auch noch die Schnittrichtung der Cervelat-Zubereitung und die Wahl der richtigen Messer dafür thematisiert werden.

Der Bund als Produzent von Schulungsvideos für Hobbygrillere – schön, dass wir in der Schweiz keine anderen Probleme haben. Bis Ende Juni verdankten wir das Ausbleiben einer Epidemie an Durchfallerkrankungen allerdings dem schlechten Wetter – und nicht dem BLV.



Undercover im Asylheim

Verdeckter Reporter berichtet von Chaos, Islamismus, Drogenhandel und Gewalt gegen Flüchtlinge in Schweizer Empfangszentrum

Passol Tischheuser und Denis von Burg

Knoxington TG Das Schweizer Asylsystem erregte sich als ein- facher Weg, um ohne notwendige Bewilligungen einzureisen und hier unterzukommen. Das legt der Bericht des Undercover-Journalisten Shera ul-Haq nahe. Dazu schildert er, wie er mit falscher pakistanischer Identität im Empfangs-

zentrum Kreuzlingen Asyl beantragte, mehrere Tage dort lebte – und dem Asylprozess wieder zurückzog, um mit Bewilligung der Behörden und ohne Kontrolle seines Weges ausgeben. Der deutsche Journalist machte Hinweise antragsrecht, hätte aber genauso gut die Schweiz unterzuchen können. Asylpolitik wie CVP-Nationalrat Gerhard Pfister sehen das Schweizer Asylsystem als «Einfach-

heit, um hier illegal unterzukommen». Er nennt ein gewisses Sicherheitsproblem: Solche Personen stellen sich illegal in der Schweiz auf, können auf dem Schwarzmarkt arbeiten, als Drogenhändler tätig sein oder gar terroristische Anschläge planen. Wie häufig ein behördlich erlaubtes Unterzuchen vorkommt und inwiefern dies glatte Passierte, konnte das zuständige Staats-

sekretariat für Migration (SEM) nicht sagen. Man erklärt aber: «Bei Rückzug des Asylgesuchs können wir niemanden im Zentrum festhalten.» Tatsächlich werden Einzelfälle zusammen mit dem Journalisten haben mehrere andere Asylbewerber ohne Auflagen das Zentrum verlassen. Haq berichtet weiter, wie er im Kreuzlinger Asylzentrum Gewalt gegen Asylsuchende erlebte und

wie er auf massenhafte Drogenhandlungen, Schläger und ebensolche islamistische Kämpfer gestossen sei. Das SEM sagt dazu, es habe keine Hinweise, welche die Verweise belegen. Andernfalls würde man eine Untersuchung einleiten und Massnahmen ergreifen. Die Verdacht auf kriminelle Vorgänge schalteten die zuständigen Behörden ein.

Reise in die Heimat

Asylsuchende Eritreer feiern 25 Jahre Unabhängigkeit

zas. Menschen aus der ganzen Welt reisen dieser Tage nach Eritrea, genauer nach Asmara, um die 25-jährige Unabhängigkeit des ostafrikanischen Landes zu feiern – darunter auch in der Schweiz asylsuchende Eritreer, wie der norwegische Rundfunksender NRK berichtete und wie in der Freitagausgabe der «Basler Zeitung» zu lesen war. «Menschen, die angeblich an Leib und Leben bedroht sind, sich aber gleichzeitig freiwillig an jenen Ort zurückbegeben, von dem sie flüchteten: Wie geht das zusammen?», fragte das Blatt.

Wie die Sprecherin des Staatssekretariats für Migration (SEM), Léa Wertheimer, der «BaZ» sagte, seien auch die Bundesbehörden hellhörig geworden. Sie hätten Massnahmen getroffen, «um im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Rückreisen von Eritreern in ihr Heimatland nachzuweisen und gegebenenfalls Massnahmen zu verhängen.» Gemäss dem SEM sind bisher jährlich rund 20 Verdachtsfälle behandelt worden.

Eritrea gilt gemäss den Vereinten Nationen als einer der grössten Unrechtsstaaten Afrikas: Im Uno-Bericht (2015) ist von massiven Menschenrechtsverletzungen die Rede; die Menschen würden auf unbestimmte Zeit für den Militär- und Sozialdienst eingezogen. Wer sich dem Aufgebot entziehe oder desertiere, müsse bei seiner Rückkehr mit der Verhaftung und jahrelangen Gefängnisstrafen oder sogar Folter rechnen. Die zuständige Justizministerin Simonetta Sommaruga wird in der «BaZ» mit den folgenden harten Worten zitiert: Eritrea sei eine «Diktatur» und ein «Unrechtsstaat». Aus diesem Grund erhielten eritreische Migranten, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellten, auch mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent ein Bleiberecht.

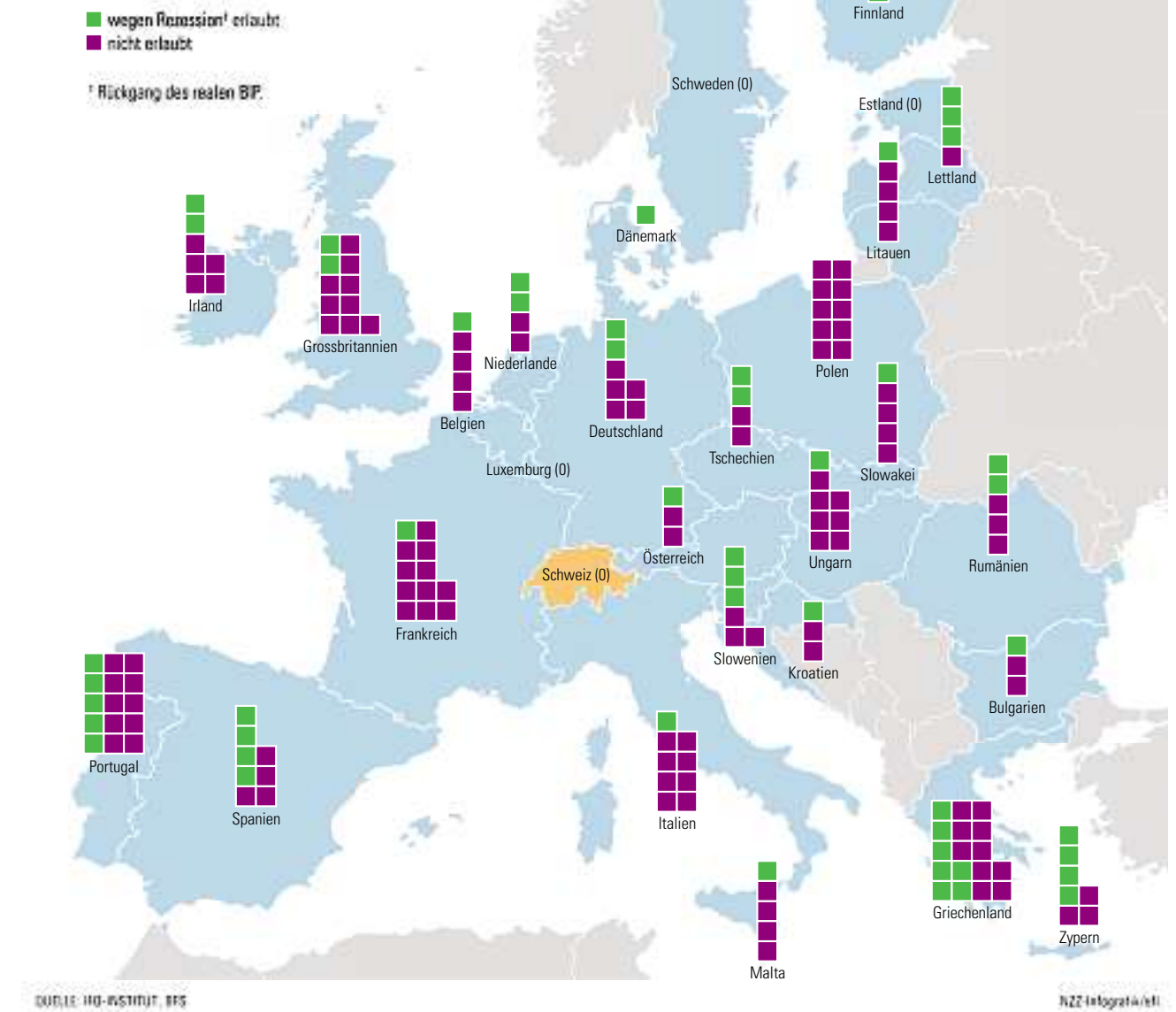
Die «NZZ am Sonntag» beschrieb bereits 2014, wie das Generalkonsulat des afrikanischen Staats bei Flüchtlingen Steuern cointreibe und die verbotenen Reisen in die Heimat organisiere.

Nach dem Brexit herrschen Schockstarre und Verunsicherung. Inwiefern hat er Signalwirkung? Klar ist der Austritt ein enormer Verlust für beide, die EU und Grossbritannien. Ein grosser Nettozahler und konstruktiver Kritiker weniger, aber dennoch wird es wirtschaftliche Beziehungen sinnvollerweise und zugunsten beider weiterhin geben. Schade um die freiheits- und unabhängigkeitliebenden, selbstbewussten Briten, die es gerade in der und für die zentralisierungsstüchtige EU brauchen würde. Der Brexit – eine Mahnung, ein Weckruf für Brüssel? Ich habe Mühe, dies zu glauben, denn das wäre gleichsam eine Art Schubumkehr – weg von zu viel Zentralisierung zu teilweiser Machtabgabe an die Nationalstaaten, also mehr Subsidiarität und Stärkung der Aussen- und der Sicherheitspolitik, was ja bisher schon erfolglos eingefordert worden ist. Das Volk umfassend und schonungslos aufzuklären und zu (be)fragen, ist ein demokratischer Weg. Vielleicht kann der Brexit der Beginn einer veränderten, besseren EU sein.

Karl Brunner, A-Klagenfurt

Portugal und Spanien sind nicht alleine

Anzahl Jahre mit Verstössen gegen die Drei-Prozent-Hürde bei der Neuverschuldung Seit 1999 bzw. seit Beitrittsjahr, bis einschliesslich 2015



Die EU – eine Union von Defizitsündern

tl. - Noch ist unklar, ob und wie die beiden Defizitsünder Spanien und Portugal für die wiederholte Nichterfüllung der mit Brüssel vereinbarten Haushaltsziele bestraft werden (vgl. nebenstehenden Artikel). Offenkundig ist jedoch, dass die zwei Länder keineswegs allein sind mit ihren Verstössen gegen die im Maastricht-Vertrag festgelegte Regel, wonach das Staatsdefizit maximal 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen darf. Vielmehr wird das Limit innerhalb der EU seit Jahren geradezu systematisch überschritten.

Das in München ansässige Ifo-Institut hat die offiziellen Statistiken der Europäischen Kommission zwischen 1999 und 2015 ausgewertet. Es kommt zum ernüchternden Resultat, dass die EU-Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum die 3%-Hürde in 165 Fällen gerissen haben. Erlaubt war diese Überschreitung der Defizitgrenze aber nur in 51 Fällen, etwa weil die betroffenen Länder in eine Rezession gerutscht waren und das reale BIP sank. Damit summiert sich die Zahl der Verstössen gegen das Defizitkriterium auf 114 Fälle.

In der obigen Grafik ist dieses Resultat zusammengefasst. Ein Quadrat steht dabei für ein Jahr mit einem Defizit von über 3%. Ist das Quadrat rot eingefärbt, handelt es sich um eine verbotene Überschreitung. Die meisten Verstössen zählt Frankreich mit 11 Fällen vor Griechenland, Portugal und Polen mit je 10 Fällen. Nur drei Mitgliedern gelang es, das Defizit nie über 3% des BIP ansteigen zu lassen: Luxemburg, Estland und Schweden. Auch die Schweiz verzeichnete in diesem Zeitraum nie ein Defizit von über 3% des BIP.

Niemand stoppt Didier Burkhalter

Schweiz - EU Der Aussenminister bastelt an einem chancenlosen Rahmenabkommen und der Bundesrat schaut zu

VON STEFAN SCHMID
Einem Vier-Parteien-Bündnis wie dem Schweizerischen Bundesrat mangelt es schon in Schlichterphasen an anstraggeber Köhler. Kein ihrer Chef, keine klare Verantwortlichkeit, keine gemeinsamen Nenner. Sobald aber dunklere Wolken aufziehen wie aktuell im Verhältnis zur Europäischen Union, wird der Mangel an Leadership eklatant und damit zum Problem für das ganze Land. Dieses Beispiel sind die drei Jahre vor sich hindämpfenden Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU.

EU macht zählig Druck

Das technisch ist, ist politisch sehr wichtig. Ohne ein institutionelles Dach über den über 300 bilaterale Verträge gibt es keine neuen Verträge mit der EU. Brüssel beharrt seit 2006 auf dieser Position. Sie verlangt, dass die Schweiz Recht überträgt, das den Binnenmarkt betrifft, und sich einer Gerichtsbarkeit unterwirft, der in Streitfällen das letzte Wort zukommt. Die Schweiz hat nur widerwillig in die Verhandlungen eingewilligt und spielt seit Jahren auf Zeit.

Nach das Ende der Föhnenstürme ist erreicht. Der Grund ist die 2014 angenommene Selbstbestimmung Initiative, die Kontingente und Höchstzahlen für EU-Zuwanderer verlangt. Der Bundesrat strebt nach einer einvernehmlichen Lösung mit der EU nach der Erreichung der 20. April. Offen sich - sofern die Fragen in der EU Medien - dafür ein Zielmuster von ein paar Monaten. Nun gibt es zwar, wie der Bundesrat in der Fragestunde des Nationalrats am Montag feststellte, keinen



formalen Link zwischen Rahmenabkommen und der Zuwanderungsfrage. Politisch jedoch verlangt die EU gegenseitige Informationen über die beiden Dossiers auf engem. Brüssel blickt bei der Personenfreizügigkeit nur auf den Handel, wenn sich der Bundesrat verpflichtet, in den nächsten sechs bis sieben Monaten die institutionellen Fragen zu klären. Der Grund: Brüssel will der Schweiz nicht die Möglichkeit geben, die Zuwanderung zu reduzieren, ohne die dabei angewandten Massnahmen kontrollieren zu können. Diese Kontrolle müsste der Europäische Gerichtshof (EuGH) übernehmen, der in den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen als Streitlichterstruktur ohnehin vorgesehen war.

Keine fremden Richter

Dank aber ist die Geschichte noch nicht zu Ende erzählt. Pläne ist, dass dieser Rahmenvertrag, so wie er von Didier Burkhalter bisher ausgehandelt wurde, kaum Chancen hat, von Volk

gestützt. Ein Insider sagt es so: «Burkhalter muss den Delegierten, wenn man ihn überredet. Die übrigen Bundesräte haben dem Maximal, das in die Föhne zu führen.» Das habe damit zu tun, dass Burkhalter ausser dem Rahmenabkommen keine grosses Geschäft habe. Man sei deshalb vorsichtig, ihn zurückzuführen. Der zweite Grund wirft ein Schlaglicht auf die Positionen dieses barrierebedürftigen Schweizerpräsidenten. Namentlich die SP-Bundesräte wollten Burkhalter schonen, weil sie ihn für andere Geschäfte als Nebenberuflicher bräuchten. «Niemand will Argus, weil Burkhalter in der neuen Zusammenfassung in vielen Fragen das Ringen an der Waage zwischen links und rechts ist», sagt eine bundesrätsliche Quelle.

Scherbenhaufen total

Das wahrscheinlichste Szenario wegen dieser letzten Kandidatur: Die Schweiz handelt eine Lösung bei der EU gleichzeitig ein Rahmenabkommen. Dieses jedoch nicht daraufhin in einer Volksabstimmung durch. Zurück bleibt ein Scherbenhaufen.

Aussenpolitiker wie CVP-Nationalratin Kathy Kuhn oder SP-Präsident Christian Levrat versuchen dabei schon länger, die Beziehungen zum Rahmenabkommen ins Spiel zu bringen. Etwas ein Anzeichen an den EU-Gerichtshof, wo die Schweiz etwas Personal stellt. Oder eine Neuaufgabe des EWK. Beides liesse sich besser verkaufen als ein Rahmenvertrag, der dem Gericht Christian Blocher, dessen Komitee jetzt den schicklichen EU-Bericht zur Medienkonferenz geben hätte, sprach davon, dass die Schweiz von der gleichberechtigten Verhandlungspartner zur «Hessen Befehls-empfängerin Brüssel» degradiert würde. Und SVP-Nationalrat Lukas Rothmann warnte als Präsident der Aktion für eine unabhängige und normale Schweiz davon, die zentralen Säulen der Schweiz - die direkte Demokratie und den Föderalismus - zu öffnen.

AZ, 15. Juni 2016

Didier Burkhalter

«Rahmenabkommen käme beim Volk heute nicht durch»

SVP-Doyen Blocher sieht durch ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU den bilateralen Weg in Gefahr: Man könne nicht von Bilateralismus reden, wenn sich ein Vertragspartner, nämlich die Schweiz, dem Recht der EU unterwerfen müsse, erklärte er am Freitag. Was halten Sie von dieser Argumentation?



«Dann sind wir Bittsteller und in einer viel schwächeren Position als heute: Aussenminister Didier Burkhalter.

cher dieses Abkommen, gefährdet er den Bilateralismus.

Offen ist in den Verhandlungen noch, welche Ausgleichsmassnahmen die EU gegen die Schweiz ergreifen darf, wenn man sich in einem Streitfall nicht einigt ist. Heute droht wegen der Gullotine-Klausel stets der Wegfall aller bilateralen Verträge. Kämpfen Sie für die Abschaffung der Gullotine? Die Abschaffung der bestehenden Gullotine-Klausel für das Paket der Bilateralen ist im Moment nicht zur Diskussion. Aber wir kämpfen dafür, dass bei Streitigkeiten über Teilprobleme nicht immer der ganze bilaterale Weg infrage gestellt wird. Das beeinträchtigt die Rechtssicherheit, die EU will auch für künftige Abkommen eine Gullotine-Klausel, die sämtliche Verträge umfasst. Besteht sie auf dieser Position, wird es kein Rahmenabkommen

geben. Ausgleichsmassnahmen müssen verhältnismässig sein, das ist ein Grundsatz internationalen Rechts. Wer ist in diesen Verhandlungen eigentlich die Bittstellerin, die Schweiz oder die EU? Die EU. Sie wollte seit 2008 Verhandlungen zu dem Thema, wir haben erst 2014 eingewilligt. Dann könnte man die Verhandlungen auch abbrechen. Aus Schweizer Sicht besteht auf absehbare Zeit ohnehin kein Interesse an einem neuen Abkommen: Weder beim Strom noch im Finanzmarkt ist der Handlungsbedarf dringend. Ja, es gibt im Moment kein neues Markt Zugangsabkommen, das dringlich ist. Wenn sich das aber ändert und wir plötzlich auf ein neues Abkommen angewiesen sind, dann kann die EU sagen: Hier ist das Rahmenabkommen, das ihr

zuerst akzeptieren müsst. Dann sind wir Bittsteller und in einer viel schwächeren Position als heute.

Wegen ihres Kampfes für das institutionelle Abkommen halten manche Sie für einen Phantasten: Eine Abstimmung über einen Vertrag mit der EU unter dem Stichwort der fremden Richter gilt als aussichtslos. In der Politik geht es mir nicht darum, etwas zu tun, zu dem alle schon Ja sagen. Man muss überzeugen wollen. Aber ja: Eine Abstimmung über ein Rahmenabkommen käme beim Volk heute nicht durch. Dank der Kampagne von Herrn Blocher diskutiert man nun aber über das Thema wieder inhaltlich. Dabei wird sich zeigen, dass wir die Bilateralen nur mit einem Rahmenabkommen für die nächste Generation sichern können. Darum bin ich Herrn Blocher für diese Diskussion dankbar. Interview: Stefan Bühler

Man erinnert sich an die Reaktionen aus EU-Kreisen im Anschluss an die eigenössische Volksabstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. Nun hat wieder eine Volksabstimmung stattgefunden - diesmal in einem massgebenden Mitgliedsstaat der EU. Das Resultat entspricht nicht den Wünschen der EU-Verantwortlichen. Schon früher hat es ja in Mitgliedsstaaten Abstimmungen gegeben, worüber der Ärger in Brüssel gross war; so in Dänemark, Irland, den Niederlanden. In gewissen Fällen hat man einfach eine neue Volksbefragung gefordert. Als das französische und das niederländische Stimmvolk die Entwurfung ablehnten, machte man einfach

NZZ, 7. August 2016

Die Schweiz soll am französischen Malaise genesen

Scurrile Politikempfehlungen nach dem Franken-Schock

Die steigenden Arbeitslosenzahlen in der Schweiz dienen den politischen Parteien dazu, ihre Ladehüter feilzubieten. Den Vogel schiebt die SP mit einem deutschen Ökonomenpapier ab.

HAROLD SCHÜCHE

Der Franken-Schock hat die Arbeitslosigkeit in der Schweiz erhöht. Zu einem Politikum wurde auch die Tatsache, dass ganz international definierte Erwerbslosenzahlen die Schweiz nur schlechter darstellen als Deutschland. Das hat sich im ersten Quartal dieses Jahres noch verstärkt. Während Deutschland seine Erwerbslosenzahl um 1,3 Prozent auf 4,4 Prozent reduzierte, machte die Schweiz den umgekehrten Weg - von 4,4 auf 5,1 Prozent. Deutschland konnte in der

ersten Hälfte nur wenige Stunden pro Woche arbeiten. Aber klar ist, dass sich Deutschland sich verbessert hat - mit einer Halbierung der Erwerbslosenzahl. Diese Quote liess sich aber nur dank Arbeitsmarktreflexen und zurückhaltender Lohnentwicklung.

Aus der Werbelosehitze

Schweizer Parteien nahmen die meisten Arbeitsmarktdaten von vergangener Woche dankbar auf, um ihre Feindprogramme zu bewerben. Die FDP erinnerte daran, dass die Schweizer Wirtschaft «endlich von administrativen Kosten, Bürokratie und Regulierungsentlasten» sei. So psychisch heranziehbar ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigt und die Arbeitslosigkeit reduziert. Beim Thema Geldpolitik wollen die Parteien den Füller und den Weggü. Sie bezeichnen eine Vertiefung des Franken als «absolut gescheitertes Ergebnis» des «festen Ausschuss» der Schweiz und kritisieren dennoch die Wechselkursfestschreibung durch den Nationalrat. Der Verweis auf die «schokkante» Vertiefung des Franken reicht nicht zur Ablösung des Wankens.

Das rechte Papier kritisiert die «markantilistische» Exportförderung der Schweiz (und von Deutschland). Offenbar ist es an die Sicht der Autoren unfair, wenn man mit Lohnsenkungen die internationalen Wettbewerbsfähigkeit steigert und die Arbeitslosigkeit reduziert. Beim Thema Geldpolitik wollen die Autoren den Füller und den Weggü. Sie bezeichnen eine Vertiefung des Franken als «absolut gescheitertes Ergebnis» des «festen Ausschuss» der Schweiz und kritisieren dennoch die Wechselkursfestschreibung durch den Nationalrat. Der Verweis auf die «schokkante» Vertiefung des Franken reicht nicht zur Ablösung des Wankens.

Darunterweise ist der Ausserparlamentarische Ausschuss der Schweiz nach dem Franken-Schock sogar noch gewachsen; die Exporte schrumpften zwar, aber die Importe gingen noch stärker zurück. Die Schweiz hatte in den letzten Jahrzehnten bei jedem Wechselkurs hohe Überschüsse; solche Überschüsse lassen sich alleine nicht den Schluss, dass der Franken «zu billig» war. Besonders kommt in der Lösungsvorschlag des Papiers. Die Autoren kritisieren zwar, dass der Franken-Schock Arbeitsplätze gekostet habe, doch sie schlagen allen Erstes vor, dass die Löhne nur stärker steigen sollen als die Produktivität, um die Schweiz «an der Deflation- und Überschuldenlast heranzubringen». Dem Franken-Schock als Wirkung soll also noch ein Kosten-Schock via Löhne folgen. Das eine solche Lohnpolitik die Arbeitslosigkeit noch stärker erhöhen würde, bleibt argwöhnisch. Offenbar soll es in der besten Tradition von Baron Münchhausen der

sich ein eigenes Schopf aus dem Schlaumessel zog, die erhöhte Zusatznachfrage der Konsumenten nicht.

Das Musterland im Westen

Die Autoren scheinen französische Verhältnisse in der Schweiz (und in Deutschland) zu wollen. Frankreich ist im Papier als eine Art Musterland mit dem «produktionsorientierten Ansatz» und umfänglich steigenden Lohnrückläufigkeit dargestellt. Das Frankreich in Sachen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung eine eherliche Katastrophe ist, bleibt ausgeblendet. Die Erwerbslosenzahl Frankreichs ist seit Jahrzehnten etwa doppelt so hoch wie jene in der Schweiz, die Beschäftigungsraten ist unter 15 Prozentpunkte tiefer, der Durchschnittslohn liegt etwa 70% unter dem Schweizer Niveau. In diese Richtung soll die Schweiz also gehen, wenn man dem Papier folgt.

NZZ, 24. Mai 2016

Blocher eröffnet Kampf gegen EU-Rahmenabkommen

Noch bevor der Inhalt auf dem Tisch liegt, basen die Gegner zum Grossangriff

JAN ULLMANN, BERN

«Das Rahmenabkommen wäre nicht die Sicherung, sondern das Ende des Nationalen Weges», sagte SVP-Präsident Albert Rösti am Freitag vor den Medien in Bern. Christian Blocher, dessen Komitee jetzt den schicklichen EU-Bericht zur Medienkonferenz geben hätte, sprach davon, dass die Schweiz von der gleichberechtigten Verhandlungspartner zur «Hessen Befehls-empfängerin Brüssel» degradiert würde. Und SVP-Nationalrat Lukas Rothmann warnte als Präsident der Aktion für eine unabhängige und normale Schweiz davon, die zentralen Säulen der Schweiz - die direkte Demokratie und den Föderalismus - zu öffnen.

Die Kernfrage des Komitees war klar: Können sich die Schweizer das bilaterale Recht, und -demokratische Rechts-entwerfer. Der Einwand, dass gegen ein Abkommen gekämpft werden, dessen Inhalt noch gar nicht vorliegt, liesst das Komitee nicht gehen. Das Ver-

handlungsmandat des Bundesrates sei bekannt - ebenso der angeforderte Stand der Verhandlungen. Selbst wenn der Bundest in einzelnen Punkten noch Verbesserungen ausarbeiten könnte, sei das Abkommen abzulehnen.

Mit EU weitgehend einig

Doch so stehen die Verhandlungen mit der EU korrekt? Genoss Aussenminister Blocher sagte in drei von vier zentralen Bereichen (Rechtsübernahme, Rechtssetzung, Übersetzung und Streitbeilegung) eine Einigung erzielt werden, die mit dem Verhandlungsmandat des Bundesrates übereinstimmen.

Patrick Rechthaber sagte hierzu das, dass die Schweiz künftige Anpassungen der EU-Rechts in Bereichen, die diese bilaterale Verträge mit der EU beschreiben, «demokratisch überdurchschnittlich». Dabei würden zwar die internationalen Prozesse gewahrt. Ein Veto des Parlaments oder des Volkes - via Referendum - wäre in jedem Fall noch möglich. Allerdings müsste die Schweiz dann sogenannte «Ausgleichsmassnahmen» ergreifen.

Für die Gegner ist das Schiefereiche «Dynamisch» sei ein anderer Wert für «autonomisch» und «Ausgleichsmassnahmen» seien nicht «autonome Sanktionen», sagte sie am Freitag. Nur wenn diese Ausgleichsmassnahmen noch Gegenstand der Verhandlungen, die Schweiz vertritt die Haltung, dass allfällige Ausgleichsmassnahmen stets «verhältnismässig» sein müssten - wobei offen ist, wie diese Verhältnismässigkeit konkret definiert werden soll.

Besser es überhaupt zu Ausgleichsmassnahmen kommt, würde im Streitfall der Gerichtshof des Ausschusses, sind Fragen zu regeln, dürfte es schwierig sein, das Ausmass des Souveränitätsverlusts zu reduzieren.

Umso mehr stellt sich die Frage nach dem Nutzen des Abkommens. Einerseits wäre dies der Gewinn an Rechts-

Sache des Gerichtshof Ausschusses. Freie wenn sich dieser nicht einfinden könnte es zu Ausgleichsmassnahmen.

Geltungsbereich noch offen Eine zentrale Frage ist allerdings noch offen, und zwar, ob der EU/CH nur EU-Recht anzuwenden soll, das in die bilateralen Verträge übernommen wurde, oder auch Sonderbestimmungen, die nur die Schweiz betreffen. Letzteres wäre für die Schweiz kaum akzeptabel.

Anderer Kritikpunkt, welche die Gegner des Rahmenabkommens am Freitag anführten - so etwa eine EU-Überwachungsbehörde in der Schweiz - sind Fragen zu regeln, dürfte es schwierig sein, das Ausmass des Souveränitätsverlusts zu reduzieren.

Umso mehr stellt sich die Frage nach dem Nutzen des Abkommens. Einerseits wäre dies der Gewinn an Rechts-

weilen darüber sinniert, wie man das abtrünnige Land bestrafen wollte.

Die historisch bedeutendste Rolle des europäischen Einigungsprozesses ist nach wohl überwiegend der Sicherung des Friedens auf dem Kontinent. Wenn nun diese «Friedensorganisation» neuerdings die Bestrafung von Partnern und abtrünnigen Mitgliedstaaten fordert und den Revanchismus aufleben lässt, verraten eben gerade die Leute die Grundrechte, die sie eigentlich hüten sollten. Der Friedenssicherung ist damit nicht gedient und dem Respekt gegenüber der Demokratie auch nicht. Es bleibt zu hoffen, dass in der kommenden Auseinandersetzung die Vernunft obsiegt.

Carlo Jäggetti, Zolikon Botschafter bei der EG (1982-1997)

NZZ, 6. August 2016

Kein Platz für Revanchismus

Man erinnert sich an die Reaktionen aus EU-Kreisen im Anschluss an die eigenössische Volksabstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative. Nun hat wieder eine Volksabstimmung stattgefunden - diesmal in einem massgebenden Mitgliedsstaat der EU. Das Resultat entspricht nicht den Wünschen der EU-Verantwortlichen. Schon früher hat es ja in Mitgliedsstaaten Abstimmungen gegeben, worüber der Ärger in Brüssel gross war; so in Dänemark, Irland, den Niederlanden. In gewissen Fällen hat man einfach eine neue Volksbefragung gefordert. Als das französische und das niederländische Stimmvolk die Entwurfung ablehnten, machte man einfach

weilen darüber sinniert, wie man das abtrünnige Land bestrafen wollte. Die historisch bedeutendste Rolle des europäischen Einigungsprozesses ist nach wohl überwiegend der Sicherung des Friedens auf dem Kontinent. Wenn nun diese «Friedensorganisation» neuerdings die Bestrafung von Partnern und abtrünnigen Mitgliedstaaten fordert und den Revanchismus aufleben lässt, verraten eben gerade die Leute die Grundrechte, die sie eigentlich hüten sollten. Der Friedenssicherung ist damit nicht gedient und dem Respekt gegenüber der Demokratie auch nicht. Es bleibt zu hoffen, dass in der kommenden Auseinandersetzung die Vernunft obsiegt. Carlo Jäggetti, Zolikon Botschafter bei der EG (1982-1997)

NZZ, 29. Juni 2016

Zuwanderung: Bund stoppt Gespräche mit der EU

Eskalation im Streit um die Personenfreizügigkeit und fremde Richter: Schweizer Unterhändler bleibt auf Geheiss des Bundesrats der EU-Zentrale in Brüssel fern. Stefan Bühler, Daniel Friedli, Lukas Häuptli

Zuerst hat die EU den Ton verschärft: Eine gemeinsame Lösung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) sei nur möglich, wenn die Schweiz zugleich ein institutionelles Abkommen zur Lösung von Streitigkeiten mit der EU akzeptiere. Doch nun zeigt sich, dass der Bundesrat bereits vor zehn Tagen in die Gegenoffensive gegangen ist. Laut unabhängigen Quellen hat die Landesregierung den Unterhändler im Dossier der Personenfreizügigkeit, Staatssekretär Mario Gattiker, angewiesen, keine weiteren Gespräche mit seinem Verhandlungspartner in Brüssel zu führen. Solange die Verknüpfung der beiden Vorlagen von der EU aufrechterhalten bleibe, gelte der Unterbruch der Gespräche. Zupass kommt der Regierung, dass die Staatspolitische Kom-

mission des Nationalrates am Freitag beschlossen hat, die MEI primär mit einem sanften Inländerverordnungen umzusetzen, was als vereinbar mit dem Freizügigkeitsabkommen gilt. Mit dem Entscheid sinkt der Druck, sich mit der EU einigen zu müssen. Offiziell bestätigt der Bundesrat den Verhandlungsstopp nicht; noch am Freitag bekräftigte er, das Ziel bleibe eine einvernehmliche Lösung bei der Zuwanderung. Dass das Rahmenabkommen dafür ein Hindernis darstelle, sagt aber auch Justizministerin Simonetta Sommaruga im Interview: «Was wir nicht akzeptieren können, ist eine rechtliche Verknüpfung der beiden Dossiers.» Zwar werde der Bund dereinst ein Rahmenabkommen benötigen, doch zurzeit sei eine solche Vorlage in der Schweiz chancenlos: «Eine geschicktere Abstimmung nützt niemandem.»

Während die Debatte aufkocht, nimmt die Einwanderung in die Schweiz ab: Im Juli betrug der Wanderungssaldo 1981 Personen, der tiefste Wert seit zwei Jahren.

Seite 10
Kommentar Seite 19

NZZ, 4. September 2016

Ansichten eines Undiplomaten

Tim Goldmanns fliegender Rollenwechsel

RENE ZILLER

Dass er kein Mann seiner Töne ist, exerziert Tim Goldmann im Wahljahr 2015 einer besseren Öffentlichkeit vor. Der 63-jährige Diplomat, der zuletzt als Botschafter in Berlin gewirkt habe, hat nach seiner Pensionierung zeitverzugslos die Rollenwelt zum Politiker aufgegeben. Der Erfolg lässt nicht aus: Geröss Goldmann schaffte auf der Liste der Zürcher SP den Sprung in den Nationalrat. Weil er weiter in Berlin weiter und gerne den Querschnitt gibt, entkoffert er sich jetzt als Internationalist.

Der Überzeugungstäter

Die in der deutschen Hauptstadt arbeitenden Schweizer Journalisten José Ribaud und Christoph Reichmann beschlossen Ende 2014, den schwedischen Diplomat Goldmann ins Kreuzfeuer zu nehmen. Es lag auf der Hand, dass der weitgereiste Botschafter etwas zu erzählen haben würde. Dafür biegen allein schon die Destinationen, in denen Tim Goldmann als Vermittler in Aktion getreten war: Tschetschenien, Kambodscha, Iran, Kosovo, Libanon. Den Nationalratswahlkampf vor Augen, wählte der Botschafter ein. Es folgte eine 25-minütige Interview-Kaskade. Daran resultierte das Buch «Aufbruch Schweiz».

Wohin soll die Schweiz aufbrechen? Goldmanns Mantel lautet, irgendwann werde die Schweiz nicht mehr um den EU-Bericht herumkommen, auch wenn eine Mehrheit dafür nicht in Sicht sei. «Politik muss von Überzeugung und nicht von Meinungsfragen geleitet



Tim Goldmann (mit Christoph Reichmann und José Ribaud) Aufbruch Schweiz Zurück zu unseren Werten. Ein Gespräch. Tage & Jahre. Zürich 2015. 160 S., Fr. 21.90.

seins», sagt der Neo-Nationalist. Das Positionspapier, das es in den 1990er Jahren zusammen mit Lucius Wieschka geschrieben und aufgrund dessen die SP als erste grosse Partei das Beitrittsrecht verweigert habe, bleibe gültig.

Der EU-Tierbo wird das Staar am liebsten sofort herunterreißen. Nur tue aber zunächst eine grundlegende Mitte-Links-Verständigung. Persönlich flügel der Auslandschweizer Goldmann an, die Schweiz wisse nicht mehr, wie sie sei und was sie wolle. Deshalb soll der Nörgler Goldmann, lässt sich die Schweiz von einem neuen Begriff fassen, «der in mir geradum Brecheit ausstösst und rühmt den Begriff des «Sonderfalls» zu ersetzen verspricht: «Swissness». Goldmann will der Schweiz wahlhörige Weltöffentlichkeit aufstapfen. Keine Kullglocken-Inszenierung seipassen.

Eine Frage des Stills

Bei der Lektüre von Goldmanns zweifellos ganz und gar nicht diplomatischen Stimmensfragt man sich, wie der Mann es schaffe, als Botschafter die Interessen der Schweiz zu vertreten. Die Zweifel werden noch gestärkt, wenn man liest, dass Goldmann findet, die Bundesbehörden hätten in den letzten Jahren bezüglich Zuwanderung fast alles falsch gemacht. «Der Staat ist gefordert, seine verantwortlichen Hauptaufgaben anzugehen», fordert er. Noch bedenklicher als die Schlamperei der Verwaltung sei, «dass der Bundesrat auch seit dem 9. Februar 2014 lange passiv blieb».

Das Goldmann seinen ehemaligen Auftraggeber zwischen Buchdeckeln die Leviten liest, verleiht keine guten Stimmen. Doch wie können sich diese Wählerplatonen Bariummangel? Er hält dazu, dass ein anderer Berliner Botschafter von einem neuen Begriff fassen, «der in mir geradum Brecheit ausstösst und rühmt den Begriff des «Sonderfalls» zu ersetzen verspricht: «Swissness». Goldmann will der Schweiz wahlhörige Weltöffentlichkeit aufstapfen. Keine Kullglocken-Inszenierung seipassen.

NZZ, 2. Februar 2016